

Rüdiger Klasen  
Wittenburger Str.10  
**19243 Püttelkow**

01.06. 2014

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz  
Mohrenstraße 37  
**10117 Berlin**

**Ihr Schreiben vom 26.Mai 2014 (Posteingang 28.Mai 2014)**  
**Ihr Aktenzeichen: R B 2 zu AR - RB 227/2013**

LKA 551-0451/2014

Zurückweisung unbegründeter Vorhalt mit OWi- Angebot mit Verweis offener Strafantrag/ Strafanzeige und Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Polizeidiensteten wegen pers. Beleidigung, Nötigung, Erpressung, falsche Verdächtigung, Verletzung meiner Persönlichkeitsrechte, Grundrechteverletzung/ Menschenrechtsverletzung  
Protokoll Teil A und B – Dienststelle Geschäftszeichen: 140330-1305-255938  
Dir3ZA/EHu 1- Zug der Sonderpolizei pers. Dienstnummern der betr. Bediensteten: 10557, C 1123, 37901 + ein Herr Irrgang

Sehr geehrter Herr Dr. Esposito, sehr geehrte Damen und Herren.

Danke für Ihre zweite Stellungnahme bzgl. der Zuständigkeit Ihres Ministeriums. Ich schreibe Ihnen nicht gleichen Inhalts- sondern das ist ein **Hilfeersuchen/ Antrag auf Hilfe** vor absoluter Justizwillkür durch totalen Ausfall rechtstaatlicher Justizbehörden der Länder.

Es wird sich durch die betr. Justizbehörden der Länder nicht mehr an das geltende Recht, geschweige an das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland gehalten.

Verfassungsbruch, Bruch des Grundgesetzes, die Verletzung der Grund- und Menschenrechte gehören mittlerweile zur Tagesordnung in den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. Machtmißbrauch -Macht vor Recht- totalitäre, faschistische Willkürjustiz sind Tür und Tor geöffnet. So wie mir geht es vielen Menschen in der BRD.

Der Bürger steht wie ich einem totalitären, völlig politisch ideologisch befangenen Justizapparat hilflos mit dem Gesetz in der Hand gegenüber.

Können Sie mir bitte mitteilen was ich machen kann, wenn durch Ausfall der betr. Justizbehörden der Länder jeglicher Rechtsweg und Klärung schon von vornherein verbaut ist und letztlich der Stillstand der Rechtspflege eingetreten ist?

Welche Bundesbehörde/ Behörde kann dazu noch eingreifend tätig werden, wenn selbst Petitionsverfahren an den Landtagen und den deutschen Bundestag schon im Jahr 2012/2013 völlig ungeklärt abgewiegelt worden sind?

Ist ev. ein ähnlicher desolater Zustand der Gesellschaft erreicht, wie er 1989 in der DDR eingetreten war? In über 60 Städten sammeln sich wie 1989 immer mehr Menschen, die einen kompletten gesellschaftlichen Wandel fordern. (Verfassungsumsetzung GG146 – GG 139)

Teilen Sie mir bitte mit, ob in der Bundesrepublik Deutschland noch irgendeine rechtstaatliche Stelle und ein realistisch gangbarer Weg existiert um die notwendig- unumgängliche Klärung der grundlegend elementaren Schief lagen herbeizuführen.

Allgemeiner Hinweis bzgl. ev. Dienstwegüberschlag wegen offenkundiger Befangenheit der Länderjustiz.

Daher bin ich gezwungen Ihr Dienstvorgesetztes Ministerium über jede Straftat seitens betroffener Staatsanwaltschaften, Gerichte, (Justiz-) Ministerien der Länder zu unterrichten und zum Handeln zu veranlassen. Andere Ministerien sind ebenfalls zum Schutz der Bevölkerung vor der totalitären Willkürjustiz der Bundesländer einzuschalten.

Ich bitte das bei meinen zukünftigen Schreiben an Ihr Ministerium zu beachten.

Ich bitte und danke für Ihr Verständnis in die geschilderte Situation der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen  
Rüdiger Klasen